

IM RAT DER STADT DORTMUND

Blick auf den Rat der Stadt Dortmund am 23. Mai 2019

Windenergieanlagen

Im Flächennutzungsplan der Stadt Dortmund sind bislang drei „Konzentrationszonen für Windenergieanlagen“ dargestellt: das Salinger Feld mit drei Windenergieanlagen, der Steinsweg mit einer Windenergieanlage und Ellinghausen mit drei Windenergieanlagen.

Die CDU-Fraktion hat in der Vergangenheit die Ausweisung weiterer Konzentrationsflächen stets abgelehnt. Leitlinie der CDU-Fraktion war es immer, an dem im Handlungsprogramm Klimaschutz 2020 beschlossenen Ausbauziel von 20% regenerativ, lokal erzeugtem Strom am Gesamtstromverbrauch festzuhalten, dabei aber in Alternativen zur Windkraft zu denken. Für die CDU-Fraktion gehören Windräder in den ländlichen Raum oder an die See, aber nicht in eine Großstadt.

Nun folgte der Rat der Stadt Dortmund der Empfehlung der Verwaltung, es bei den bisher im Flächennutzungsplan ausgewiesenen drei Konzentrationszonen für Windenergieanlagen zu belassen und kein Änderungsverfahren im Flächennutzungsplan zu eröffnen. Die im Flächennutzungsplan bestehenden Konzentrationszonen sollen weiter bestehen bleiben. Die dort bestehenden Anlagen haben Bestandschutz. Ob ein Repowering möglich ist, müsste in einem immissionsschutzrechtlichen Verfahren geklärt werden.

Insbesondere die einzuhaltenden Schutzabstände zu Wohngebäuden führen dazu, dass das Flächenpotenzial zur Dar-

stellung weiterer Konzentrationszonen im Flächennutzungsplan der Stadt Dortmund gering ist, selbst wenn als Maßstab ein Abstand von nur 500 m zu Wohnbauflächen / Gemeinbedarfsflächen und von nur 450 m zu Wohngebäuden im Außenbereich und gemischten Bauflächen angewandt würde. Im Entwurf des Landesentwicklungsplanes NRW wird als Grundsatz sogar ein Abstand von 1.500 m zu reinen und allgemeinen Wohngebieten empfohlen.

Förderprojekt: „Emissionsfreie Innenstadt“

Zugestimmt hat die CDU-Fraktion der Vergabe der ersten Teilmaßnahmen im Rahmen des Förderprojekts „Stadtluft ist (emissions-)frei – Dortmunds Einstieg in eine emissionsfreie Innenstadt“. Die Projektkosten werden in den nächsten drei Jahren zu 80% durch Bundes- / Landes- und Fördermittel der Europäischen Union (Europäischer Fonds für regionale Entwicklung) in Höhe von rd. 6,3 Mio. Euro gefördert.

Ziel aller Maßnahmen ist es, die Emissionsbelastung in der Innenstadt zu verringern und so die Lebensqualität für die Bürgerinnen und Bürger zu verbessern.

Zu den Maßnahmen, deren Umsetzung fürs Erste vorgesehen ist, zählen u. a.:

- Die Entwicklung eines wirtschaftlichen und stadtverträglichen Modells für eine emissionsfreie Gestaltung von Lieferverkehren auf dem „letzten Kilometer“ in die Innenstadt Dortmunds.
- Ein Mobilitätsmanagement für Beschäftigte und Besucher der Innenstadt.
- Die Umgestaltung des Wallrings zur Verbesserung der Radverkehrsinfrastruktur. In einem ersten Schritt soll bestehende Radverkehrsinfrastruktur am Schwanen- und Ostwall verbessert werden. Darüber hinaus ist eine Verkehrsuntersuchung und Machbarkeitsstudie zur Vorbereitung der Diskussion um die Gestaltung des gesamten Wallrings nach 2030 beabsichtigt. Wichtig ist der CDU in diesem Zusammenhang, dass die Interessen von Stadt, Wirtschaft und

Handel an einer guten Erreichbarkeit der Innenstadt Berücksichtigung finden. Bei der Umgestaltung des Wallrings müssen Lehren aus den Erfahrungen an der Faßstraße in Hörde gezogen werden.

- Die Förderung von Elektromobilität bei Dienstleistern und Handwerkern im Quartier.
- Der Aufbau eines Mobilitätsmanagements für Kitas und Schulen in Anlehnung an das für Grundschulen erprobte Konzept „So läuft das“.
- Die Entwicklung einer umfassenden Kommunikations- und Marketingkampagne als Schlüssel zum Erfolg des gesamten Förderprojektes.

Smart Rhino

Die CDU-Fraktion begrüßt die hinter dem Projektnamen „Smart Rhino“ stehende Idee, auf dem ehemaligen Hoesch-Spundwand-Gelände (HSP) in Nähe zum Union-Viertel, zu Dorstfeld und zur Innenstadt einen Zukunftscampus zu entwickeln.

Auf rund 14 Hektar des Geländes wollen die Stadt Dortmund, die FH Dortmund, die IHK zu Dortmund und die Thelen-Gruppe als Investor gemeinsam einen neuen Lebens-, Wissens- und Technologiepark entwickeln. Einen neuen Lebensraum mit Angeboten für Leben und Lernen, für Wohnen und Arbeiten, für Freizeit und Gesundheit mit optimaler Infrastruktur schaffen. Mit öffentlichen Plätzen, sogenannten „Dritten Orten“, die neben Wohnung und Arbeitsplatz Räume für die Begegnung, den Austausch und das Miteinander bieten. Die Grünflächen und Parklandschaften werden von allen gemeinschaftlich genutzt: als Entspannungs- und Rückzugsorte, für Urban Gardening und als Spielraum. Die bislang auf vier Standorte verteilte FH Dortmund, eine der größten Fachhochschulen Deutschlands, soll im Zuge von „Smart Rhino“ an einem Standort zusammengefasst werden. Dadurch eröffnen sich neue städtebauliche Perspektiven an den bisherigen FH-Standorten, wie zum Beispiel im Kreuzviertel.

Die CDU-Fraktion ist überzeugt, dass das Projekt „Smart Rhino“ sich positiv auf die angrenzenden Stadteile Dorstfeld und Huckarde auswirken wird.

Mit den Stimmen der CDU hat der Rat der Stadt Dortmund die Verwaltung beauftragt, zusammen mit der Thelen-Gruppe als Grundstückseigentümerin des ehemaligen HSP-Geländes die Machbarkeitsstudie zur Wiedernutzung der Fläche weiterzuführen und die Entwicklung der Projektidee „Smart Rhino“ als urbanes Quartier im Sinne eines neuen Lebens-, Wissens- und Technologieparks sowie als neuen zentralisierten Standort für die Fachhochschule (FH) Dortmund zu konkretisieren.

Ausführliche Informationen: [„Smart Rhino“](#)

Entwicklung „Messe- und Veranstaltungszentrum Strobelallee“

Dem Rat der Stadt Dortmund lag der [Rahmenplan „Messe- und Veranstaltungszentrum Strobelallee“](#) zur Beratung und Beschlussfassung vor. Die vor kurzem erfolgte Eröffnung des neuen Messeingangs Nord der Messe Dortmund bedeutet einen wichtigen Meilenstein für die strategische Weiterentwicklung des Messplatzes. Der Rahmenplan setzt hier an und formuliert eine langfristig ausgelegte Entwicklungsperspektive, mit der das Areal rund um die Strobelallee weiterentwickelt und aufgewertet werden soll. Die CDU-Fraktion befürwortet grundsätzlich das Entwicklungskonzept.

Entwicklungsziele sind

- die bauliche Erneuerung / Neuordnung der Bestandshallen der Westfalahallen Unternehmensgruppe GmbH,
- die Ergänzung um ein neues Großkongresszentrum,
- der Neubau eines Kongresshotels sowie einer Parkplatzanlage / Parkpalette mit integriertem Logistikbereich,

- die Neuordnung des nördlichen Westfalahallen-bereiches (Platzgestaltung; verkehrliche Erschließung; Fuß- und Radwege),
- ein Ersatzneubau der Brücke Lindemannstraße,
- die Neuordnung des östlichen Westfalahallen-bereiches und
- die Realisierung der Sport- und Erlebnismeile Strobelallee.

Die CDU-Fraktion hatte im Laufe des Beratungsganges im Ausschuss für Bauen, Verkehr und Grün den Antrag gestellt, eine Verlagerung des Eissportzentrums Westfalens zu prüfen, um der Westfalahallen Unternehmensgruppe GmbH im östlichen Bereich weitere Entwicklungsperspektiven zu eröffnen und zugleich den Eissport in Dortmund an einem alternativen Standort mit optimalen und modernsten Bedingungen zu fördern. In einer Stellungnahme gelangt die Verwaltung allerdings zu dem Fazit, dass angesichts der damit verbundenen Neubaukosten sowie der zu erwartenden Rückforderungsansprüche in Bezug auf Sportfördermittel des Bundes und des Landes eine Verlagerung aus Sicht der Sport- und Freizeitbetriebe nicht befürwortet werde.

Mit den Stimmen der CDU-Fraktion hat der Rat der Stadt Dortmund die Rahmenplanung „Messe- und Veranstaltungszentrum Strobelallee“ als Grundlage für die weitere Entwicklung beschossen und die Verwaltung beauftragt, die für die Umsetzung der Entwicklungsmaßnahmen erforderlichen Konkretisierungen vorzunehmen. Nach einer groben Terminplanung werden erste Baumaßnahmen im II. Quartal 2022 angestrebt. Vor Durchführung von Maßnahmen sind diese den politischen Gremien allerdings zur Entscheidung vorzulegen.

Optimierung der Hafeninfrastuktur

Der Dortmunder Hafen, Europas größter Kanalhafen, geriet zuletzt immer wieder wegen baulich-technischer Defekte, Instandsetzungsarbeiten oder Sperrungen in die Negativschlagzeilen. Die aktuellen infrastrukturellen Gegebenheiten

ten entpuppen sich zunehmend als Achillesferse des alltäglichen Schifffahrtbetriebes. Die CDU-Fraktion hat die Problematik mit einer Antragsinitiative aufgegriffen: „Wir wollen mit Unterstützung der schwarz-gelben Landesregierung und des Bundes eine umfassende Modernisierung der Hafeninfrastuktur vorantreiben“, erklärt der stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende Dr. Jendrik Suck.

Der Schleuse Henrichenburg, die jedes Schiff bei der Ein- und Ausfahrt in den Hafen passieren muss, drohen aufgrund der kontinuierlichen Instandsetzungsarbeiten immer wieder Sperrungen. Sobald aber die einzige Schleusenkammer für Reparaturen geschlossen wird, steht der gesamte Schiffsverkehr still. „Dieses Problem kann nur durch den Bau einer neuen, zweiten Schleuse gelöst werden, die das Kanalnetz auf moderne Standards anhebt und wesentlich leistungsfähiger macht. Dafür setzen wir uns ein“, unterstreicht Uwe Waßmann, planungspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion und stellvertretender Vorsitzender im Ausschuss für Wirtschaftsförderung. Modernisierungs- / Sanierungsbedarf besteht auch in Bezug auf die 1951 erbaute „Schwieringhauser Brücke“. Das massive Stahlkonstrukt entspricht aufgrund der zu geringen Durchfahrtshöhe nicht mehr den Anforderungen der heutigen Binnenschifffahrt (dreilagiger Containerverkehr).

Neben den beiden Prestigeprojekten „Schleusenneubau“ und „Schwieringhauser Brücke“ soll die Verwaltung zudem die Anbindung der Westfaliastraße an die OWIIIa/Mallinckrodtstraße (Vollanschluss Westfaliastraße) weiter vorantreiben – wie es bereits im Rahmen des „Verkehrskonzeptes Hafen“ vom Rat der Stadt Dortmund im Sommer 2015 beschlossen wurde. Zugleich soll eine optimierte Anbindung der KV-Anlage „Am Hafenbahnhof“ an das öffentliche Schienennetz geprüft werden. Ferner ist der weitere Ausbau der Umschlaganlage des Kombinierten Verkehrs vorzubereiten.

Der Antrag der CDU-Fraktion ist von der Mehrheit des Rates beschlossen worden.

Der vollständige Antragstext: [Optimierung der Hafeninfrastuktur](#)

Richtlinien für die Sportförderung

Die CDU-Fraktion hat der im Rat beschlossenen Neufassung der Sportförderrichtlinien zugestimmt.

Durch die mit den Stimmen der CDU vom Rat der Stadt Dortmund am 13.12.2018 beschlossene Aufstockung der Sportfördermittel stehen den Dortmunder Vereinen im laufenden Jahr aus städtischen Sportfördermitteln 1 Mio. Euro zur Verfügung.

Die rückwirkend zum 1.1.2019 in Kraft tretenden Sportförderrichtlinien legen Schwerpunkte auf die Jugendarbeit sowie auf die Unterstützung von Übungsleitern und Vereinsmanagern.

So wird der jährliche Förderbetrag für jugendliche Mitglieder von 5,- Euro bzw. 8,- Euro auf einheitlich 10,- Euro und der jährliche Zuschuss für Übungsleiter von 25,- Euro auf 50,- Euro angehoben. Die Mitarbeit qualifizierter Vereinsmanager in einem Vereinsvorstand, als wesentlicher Baustein zur Stärkung der Vereinsstrukturen, wird zukünftig mit 1.200,- €/Jahr unterstützt. Vereinen, die noch keinen lizenzierten Vereinsmanager haben, wird zukünftig ein Zuschuss zu den Qualifizierungskosten von bis zu 500,- Euro gezahlt. Auch die Bezuschussung von sogenannten Grundsportgeräten (bisher 25 % des Anschaffungspreises) über Spendenmittel der Sparkasse Dortmund durch den StadtSportBund Dortmund e.V. wird mit dem gleichen Anteil (25 %) zukünftig aus städtischen Fördermitteln erhöht.

Der Sport in Dortmund wird im Jahr 2019 außerdem mit den vom Land NRW aus der Sportpauschale zur Verfügung gestellten Mittel in Höhe von rund 1,7 Mio. Euro gefördert. Diese Mittel werden nach Abzug der Finanzierungskosten für das von der CDU-Fraktion mit Nachdruck verfolgte Kunstrasenprogramm hälftig für Sportstättenbau- und Instandhaltungsmaßnahmen von Vereinen bzw. der Stadt Dortmund eingesetzt.

„Bericht zur sozialen Lage in Dortmund“ und „Zehn Jahre Aktionsplan Soziale Stadt vor Ort“

Der Rat der Stadt Dortmund hat den aktuellen „Bericht zur sozialen Lage in Dortmund“ und den Sachstandsbericht „Zehn Jahre Aktionsplan Soziale Stadt Dortmund vor Ort“ zur Kenntnis genommen. Der aktuelle Sozialbericht gibt Auskunft über die Entwicklung und über die Dimensionen sozialer Ungleichheit in Dortmund. Besonderes Augenmerk liegt auf der Entwicklung in den 13 Sozialräumen, in denen ausweislich des ersten Sozialberichts aus dem Jahr 2007 überdurchschnittlich viele Menschen von Benachteiligungen betroffen sind. Der „Bericht zur sozialen Lage in Dortmund 2018“ liefert die Datengrundlage für die weitere Gestaltung der Arbeit in den Aktionsräumen sowie für die Weiterentwicklung des Aktionsplans Soziale Stadt. Die Auswertung des Sozialberichts wird auf Ebene der zuständigen Fachausschüsse des Rates fortgesetzt.

["Bericht zur sozialen Lage in Dortmund" und "Zehn Jahre Aktionsplan Soziale Stadt vor Ort"](#)

Initiative „Seebrücke – Schafft sichere Häfen“

Auf Antrag der Fraktionen von SPD, Bündnis 90 / Die Grünen sowie Linke & Piraten befasste sich der Rat der Stadt Dortmund mit einer Resolution zur Unterstützung der Initiative „Seebrücke – Schafft sichere Häfen“. Im Kern geht es um die Erklärung, dass die Stadt Dortmund bereit ist, geflüchtete Menschen, die im Mittelmeer in Seenot geraten sind, *zusätzlich* aufzunehmen.

Die CDU-Ratsfraktion hat der Resolution nicht zugestimmt. In seiner Begründung rief der Fraktionsvorsitzende Ulrich Monegel in Erinnerung, dass der Rat der Stadt Dortmund stolz darauf sein dürfe, sich mit seinen Beschlüssen auf dem Höhepunkt der Flüchtlingsbewegung im Jahr 2015 über alle Parteigrenzen hinweg für eine Kultur des Willkommens eingesetzt zu haben. Gemeinsam mit ehrenamtlichen

Initiativen, Wohlfahrtsverbänden, Kirchen und anderen Akteuren der Stadtgesellschaft sei es gelungen, Tausenden von Flüchtlingen eine friedliche und menschenwürdige Bleibe zu bieten und die Integration der Menschen zu begleiten. 165.700 Flüchtlinge hätten im Jahr 2015 die Erstaufnahmeeinrichtung in Dortmund erreicht. Zeitweise seien 75 bis 80% der Flüchtlinge in Nordrhein-Westfalen in Dortmund angekommen. Aktuell erfülle Dortmund seine Verpflichtungen nach Flüchtlingsaufnahmegesetz zu 100% (2.386 Menschen, Stand 19.5.2019) und bei der Zuweisung von anerkannten Flüchtlingen (Wohnsitzauflage) zu 220% (9890 Menschen, Stand 19.5.2019). Damit liege Dortmund nach wie vor deutlich über dem Soll und dem Beitrag anderer Städte und habe keinen Nachholbedarf.

Flüchtlingen tatsächlich Heimat und Schutz zu geben sei das Eine, die „Solidarisierung“ mit der Initiative „Seebrücke“ etwas Anderes. In diesem Zusammenhang verwies der CDU-Fraktionsvorsitzende auf einen gemeinsamen Antrag der Fraktionen von CDU und SPD im Rat der Stadt Oberhausen. Darin begründen die beiden Fraktionen die Ablehnung der Initiative „Seebrücke“ damit, dass sich die 36 Städte, die sich mit der Seebrücke solidarisiert hätten, trotz der positiven symbolischen Geste nicht mehr Flüchtlinge aufnehmen, als sie nach dem Verteilschlüssel müssten. Viel wichtiger als die Solidarisierung mit der „Seebrücke“ wäre die Herstellung der europäischen Solidarität.

70 Jahre Grundgesetz: Mütter des Grundgesetzes

Der Rat der Stadt Dortmund hat mit den Stimmen der CDU beschlossen, die vom Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung des Landes Nordrhein-Westfalen (MHKBG) entwickelte Idee, die „Mütter des Grundgesetzes“ in ihren jeweiligen Heimatorten durch die Errichtung eines Denkmals zu ehren, umzusetzen. Mit der Realisierung soll noch möglichst 2019 begonnen werden. Das Projekt soll mit Mitteln aus dem Förderprogramm „Heimat. Zukunft. Nordrhein-Westfalen. Wir fördern, was Menschen verbindet.“

über das Förderelement „Heimat-Zeugnis“ finanziert werden.

Am 8. Mai 1949 verabschiedete der „Parlamentarische Rat“ das Grundgesetz, das nach der Zustimmung der drei Westalliierten und der Bundesländer am 23. Mai 1949 in Kraft trat. Vier der 65 stimmberechtigten Abgeordneten des Parlamentarischen Rates waren Frauen.

Darunter Helene Wessel (Zentrum), am 6. Juli 1908 in Hörde geboren. Helene Wessel zog 1947 für das Zentrum in den ersten gewählten Landtag Nordrhein-Westfalens ein und wurde von diesem in den Parlamentarischen Rat gewählt.